

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 39 (1963-1964)
Heft: 10

Artikel: Nein ist nein : eine Meinungsforschung über die zweifache Ablehnung des Exportkredites im Aargau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1073824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nein ist nein

Eine Meinungsforschung
über die
zweifache Ablehnung
des Expokredites
im Aargau

Zweimal, am 15. März und am 24. Mai 1964, hat das Aargauervolk die kantonalen Expo-Kredite abgelehnt: das erste Mal in der Höhe von 1 044 000 Franken mit rund 37 900 Nein gegen 28 900 Ja, das zweite Mal 824 000 Franken mit 33 300 gegen 37 400. Man hatte nun auf den vom Staat finanzierten Aargauertag (220 000 Franken) verzichtet, und es nützte doch nichts. Darüber war man in den Kreisen der aargauischen Regierung und Honoratioren konsterniert, und weit herum wunderte man sich.

Im Auftrag unserer Redaktion sind daher Reto Arpagaus und Bruno Nüsperli aus Aarau den Gründen dieses zweifachen Nein nachgegangen. Sie haben zunächst fünfzig Personen (39 Männer und 11 Frauen) im Bezirk Aarau (der beide Male eine knappe Ja-Mehrheit aufwies) und im Freiamt (das wuchtig verwarf) befragt. Zwei Männer, die nicht an der Urne waren, und 11 Frauen wurden gefragt, wie sie gegebenenfalls gestimmt hätten.

Hätten die Frauen eher ja gesagt?

Von den 10 Frauen, die eine eigene Meinung äusseren, erklärten interessanterweise 7, sie hätten zweimal ja, und nur 3, sie hätten beide Male nein gestimmt. Eine glaubte, sie wäre das erste Mal für ja, das zweite für nein gewesen, da ein Volksentscheid doch respektiert werden müsse.

Haben die Frauen einfach nachträglich Antworten gegeben, welche «sich gut machen», oder hätten sie – wenn sie das Stimmrecht gehabt hätten – den Entscheid der Männer ins Gegenteil umgekehrt? Abgesehen von der zu kleinen Basis unserer Umfrage kann man da kaum jetzt noch eine schlüssige Antwort bekommen. Indessen ist wohl möglich, daß die Frauen mehr auf das geschaut hätten, «was sich ziemt», und weniger von ihnen gerade da ihren Ärger an der Regierung ausgelassen hätten.

Trotz-Stimmung

Bei unserer Befragung ergaben sich zunächst 26 «Ja-Ja», 2 «Ja-Nein», 4 «Nein-Ja» und nur 18 «Nein-

Nein». Die letzteren wurden auf 30 ergänzt, um ein dem Abstimmungsergebnis nahe kommendes Bild zu erhalten. Insgesamt sind es also schließlich 62 Antworten.

Nach dem ersten Entscheid hatte man gemeint, vor allem gewisse Vorgänge um den Aargauertag hätten zur Verärgerung geführt. Ausgerechnet die 4 Nein-Ja-Sager haben aber nicht das, sondern allgemein das Vorgehen der Regierung, mangelhafte Information und das viele Geldausgeben als Grund ihres Nein angegeben. Dann genügte ihnen aber der Denkkzettel, den sie den Verantwortlichen gegeben haben, und deren intensivere Bemühungen vor der zweiten Abstimmung honorierten sie dann mit einem Ja. Hingegen wollten 5 von den 30 Nein-Nein-Stimmen nicht, daß das Volk «der Regierung das Saufen und Fressen zahle», wie es einer ausdrückte. Diese meinen, ohnehin sei eine solche Ausstellung vor allem für die Reichen und Offiziellen, und stimmten auch das zweite Mal nein.

Beim zweiten Nein hat eine gewisse Trotz-Stimmung mitgespielt. Rund die Hälfte derer, die sich über diesen Punkt äusseren, erklärten, ihr Nein sei eine Antwort auf «die Zwängerei der Regierung» gewesen, die Auffassung der anderen Hälfte entsprach dem lapidaren Satz eines der Befragten: «Nein ist nein!» Da hätte allerdings die aargauische Regierung aus den Versuchen zur Taggelderhöhung der Großräte gewarnt sein sollen. Und jeder Soziologe hätte ihr sagen können, daß es Mindestfristen gibt, um eine Volksmeinung umzustimmen, sofern nicht eine Katastrophe, ein Kriegsausbruch oder etwas Ähnliches dazwischen tritt: sechs Wochen bei einer noch unbestimmten Haltung der Mehrheit, im günstigsten Fall vier Monate, wenn eine Meinung über einen teilweise gleichen Gegenstand bereits ausdrücklich kundgetan wurde.

Gegen die eigene Regierung

Nicht weniger als 16 von den 30 Nein-Nein-Sagern erklärten, sie hätten allgemein gegen die aargauische

Regierung gestimmt. Deren Vorgehen in diesem Fall mißbilligten sogar 21 Nein-Nein-Sager. Bloß für 7 war nicht das Vorgehen der Regierung wichtig: 2 erklärten allerdings, man wisse nicht, wie das Geld aufgebraucht werde, 3 gehören zu denen, die anderen das Festen mißgönnen, und nur 2 begründeten ihr Nein damit, daß sie gegen diese Expo sind. Ausschließlich gegen die aargauische Regierung ihr Nein abgegeben zu haben, erklärten 8 von den 30. Einer sagte: «Ich gehe mit sechs Leuten in eine Wirtschaft, und vor dem Zahlen haue ich ab!» So habe die Regierung gehandelt.

13 waren der Meinung, es müsse mehr gespart werden, 5 davon beziehen sich auf die Konjunkturdämpfung. 3 halten «anständige Autostraßen» für dringender. Nur 2 von den 30 (aus dem Freiamt) waren der Meinung, daß die zweite Vorlage mißverständlich war. 6 erwähnen, daß die Stimme des Volkes keinen Einfluß mehr auf die Ausgaben der Expo haben konnte. Nur 5 erklärten, die Mirage-Angelegenheit habe eine Rolle gespielt. Verschiedentlich werden die Propaganda sowie die Mesoskaph- und Armeefilm-Geschichten beanstandet.

Fast ein wenig verwunderlich ist, daß nur 3 Nein-, aber auch 2 Ja- und 1 Nein-Ja-Sager das Gefühl haben, über wichtige Sachen werde doch nicht abgestimmt. Bloß je 1 Nein-, Ja-Nein und Nein-Ja-Sager glauben, die Regierung versuche die Rechte des Volkes mehr und mehr einzuschränken. Ein kritischer Nein-Sager meinte: «Nein, das kann man dann doch auch wieder nicht sagen.»

Nicht gegen die Expo, aber ...

Wie gesagt, nur 2 von 30 begründeten ihr Nein mit einer Gegnerschaft gegen die Expo. Bloß 2 von den 30 waren vorher dort. Die übrigen 6, die dort waren, haben ja gestimmt. Von den 8, die seither Lausanne besucht haben, haben ebenfalls 6 ja und nur 2 nein

gestimmt. Von diesen 16 erklären 8, sie werden nochmals gehen, und 8, sie wüßten es nicht. Keiner erklärt, er werde bestimmt nicht mehr gehen. Von den 46 (darunter 26 Nein-Nein-Sager), die noch nicht an der Expo waren, erklären 28 (11), sie werden noch fahren, 7 (6) wissen es nicht, und bloß 11 (9) sagen, sie werden nicht hingehen.

Von den 16, die schon an der Expo waren, sind 5 mehr oder weniger begeistert, 10 hat es gefallen (davon den 4, die nein gestimmt haben), und einer findet die Expo «ja ganz nett, aber an der Landi wars halt schon anders». Von den übrigen 46 sind 5 nach Fernseh- und anderen Berichten begeistert (alles Nein-Sager!), 9 glauben, die Expo würde ihnen gut (darunter 3 Nein-Sager), 7 (3) zum Teil gefallen, 3 (2) erklären sich nicht besonders beeindruckt, und 6 (0!) mißfällt die Expo. 16 (3) von denen, die noch nicht in Lausanne waren, erlauben sich kein Urteil. So haben die Nein-Sager durchschnittlich sogar eher ein positiveres Urteil über die Expo als die Ja-Sager!

Soweit könnten sich also die Schöpfer der Expo und die Welschen gratulieren! Das Aargauer Nein war nicht gegen sie gerichtet. Erheblich anders sieht allerdings die Sache aus, wenn man fragt, ob der negative Entscheid auch erfolgt wäre, wenn die Expo im Aargau oder in dessen Nähe situiert wäre. Da glauben 15 von den 30 Nein-Sagern, sie hätten anders gestimmt: «da hätte man dann auch etwas davon gehabt», «man hätte die Sache aus der Nähe miterlebt» und «dann hätte auch die Regierung die Sache früher angepackt». 8 wissen nicht, wie sie dann gestimmt hätten, und nur 7 erklären, sie hätten gleich «nein» gesagt, «denn es ging nicht gegen die Welschen». Auch den anderen, wie gesagt, nicht – aber daß sie das Werden der Expo nicht «miterleben» konnten, liegt doch an der geographischen und sprachlichen Distanz und an deren mangelhafter Überbrückung durch Presse, Radio und uns alle.

(Weitere Ergebnisse werden folgen.)

NEU

Fr. 1.80

Zur Lösung der Juraprobleme

Ein Exposé

Von Dr. Paul Hotz, Leiter des Team Sozialforschung Zürich

Originelle, aufsehenerregende Erkenntnisse und Richtlinien für eine Lösung

Herausgegeben im Schweizer Spiegel Verlag, Zürich 1